

# WISO

## ÖSTERREICHS ZUKUNFT SICHERN – PROGRAMM FÜR WACHSTUM UND BESCHÄFTIGUNG Eine Initiative der Bundesarbeiterkammer zur Umsetzung der Lissabon-Strategie

1. Einleitende Bemerkungen .....	12
2. Woran krankt die Lissabon-Strategie?.....	13
3. Das Programm der Bundesregierung .....	20
4. Die Alternative: AK-Reformprogramm für Wachstum und Beschäftigung: Österreichs Zukunft sichern – Investitionen in Wachstum, Bildung und Qualität.....	21
5. Epilog: Auf dem Weg zum energie- und ressourceneffizientesten Wirtschaftsraum der Welt? .....	24

Auszug aus WISO 1/2007

**isw**

Institut für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften

Gruberstraße 40–42

A-4020 Linz, Austria

Tel.: +43(0)732 66 92 73, Fax: +43 (0)732 66 92 73 - 2889

E-Mail: [wiso@akooe.at](mailto:wiso@akooe.at)

Internet: [www.isw-linz.at](http://www.isw-linz.at)

**Norbert Templ**

**Mitarbeiter der  
Abteilung EU und  
Internationales der  
Kammer für Arbeiter  
und Angestellte für  
Wien**

## 1. Einleitende Bemerkungen

### *Kernziel der Lissabon-Strategie*

Im März 2000 hat der Europäische Rat in Lissabon eine umfassende Reformagenda beschlossen (Lissabon-Strategie). Kernziel dieser Agenda für die wirtschaftliche und soziale Erneuerung Europas ist es, die EU bis 2010 zum „wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt zu machen – einem Wirtschaftsraum, der fähig ist, ein dauerhaftes Wirtschaftswachstum mit mehr und besseren Arbeitsplätzen und einem größeren sozialen Zusammenhalt zu erzielen“<sup>1</sup>. Neben diesem Kernziel, das mittlerweile in dieser Formulierung angesichts der bisherigen ernüchternden Bilanz kaum mehr erwähnt wird, enthält die Strategie eine Reihe von Zielen in etlichen Politikbereichen, die bis 2010 umgesetzt werden sollen, u.a.:

Gesamtbeschäftigung	70 %
Frauenbeschäftigung	60 %
Beschäftigungsquote älterer AN	50 %
Kinderbetreuung	90 % der Kinder ab drei Jahren; 33 % der Kinder unter drei Jahren
Forschungsausgaben	3 % des BIP
Bildung	- Senkung der Schulabbrecherquote auf 10 % - Teilnahmequote der Erwachsenen im erwerbsfähigen Alter am lebensbegleitenden Lernen: 12,5 % - Deutliche Steigerung der Pro-Kopf-Ausgaben für Humanressourcen
Soziales	Reduzierung der Zahl der von Armut bedrohten Menschen

### *Erwartungen werden zurück-geschraubt*

Fünf Jahre später ist die EU in mancher Hinsicht weiter von diesen Zielen entfernt als im März 2000. Selbst die Europäische Kommission hat mittlerweile ihre Erwartungen im Beschäftigungsbereich dramatisch zurückgeschraubt – bis

2010 sollen nur mehr 6 Mio. Arbeitsplätze geschaffen werden. Um die Zielvorgabe einer EU-Gesamtbeschäftigungsquote von 70 % im Jahr 2010 zu erreichen, müssten in der EU-25 allerdings mehr als 22 Mio. neue Arbeitsplätze entstehen.

Schwaches Wirtschaftswachstum, anhaltende Arbeitsmarktprobleme im Binnenmarkt und die Gefahr, dass „Lissabon zu einem Synonym für verpasste Ziele und nicht eingelöste Versprechen“<sup>2</sup> wird, haben 2005 zu einem Neustart der Strategie geführt. Die Schwerpunkte der Neubelebung (Wissen und Innovation, attraktiver Raum für Investitionen, Wachstum und Beschäftigung) sind nicht wirklich neu. Als einzige innovative Weiterentwicklung kann die Verpflichtung der Mitgliedstaaten gewertet werden, bis Herbst 2005 nationale Programme zur Steigerung von Wirtschaftswachstum und Beschäftigung zu erarbeiten und der Europäischen Kommission zu übermitteln.

*Neustart 2005  
sollte totales  
Scheitern  
verhindern*

Bevor auf das österreichische Reformprogramm und das in Reaktion darauf erarbeitete AK-Programm „Österreichs Zukunft sichern – Programm für Wachstum und Beschäftigung“ eingegangen wird, soll eine grundsätzliche Kritik der Lissabon-Strategie vorangestellt werden.<sup>3</sup> Dies auch zum besseren Verständnis des AK-Programms.

## **2. Woran krankt die Lissabon-Strategie?**

Der Erfolg der Strategie hängt letztlich davon ab, dass die EU wieder auf einen Wachstumspfad von jährlich 3 % einschwenkt. In den Schlussfolgerungen des Europäischen Rates von Stockholm (2001) wird klar zum Ausdruck gebracht, dass eine Wachstumsrate von 3 % unerlässlich ist, „wenn man die in Lissabon festgelegten beschäftigungspolitischen Ziele erreichen will“. Und auch der gegenwärtige EU-Ratspräsident leugnet nicht den Zusammenhang zwischen Wachstum und Arbeitslosigkeit: „Der Schlüssel zu allem ist aber ein ausreichendes Wachstum ... Wenn wir zu einem Wachstum von 3 %

*Wachstumsrate  
von 3 %  
notwendig, um  
Beschäftigungs-  
ziel zu erreichen*

bei einem Jobwachstum von 1 % gelangen, dann können wir die Zahl der derzeit 19 Mio. Arbeitslosen in Europa in fünf Jahren halbieren.“<sup>4</sup>

*Wachstumsschwäche der EU* Unmittelbar nach Verabschiedung der Strategie schlitterte die EU allerdings in die längste Wachstumsschwäche in der jüngeren europäischen Wirtschaftsgeschichte, die im Grunde immer noch andauert.

*Tabelle 1: Reale Wachstumsrate des BIP, Veränderung in Prozent des Vorjahres*

	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006
EU-25	3,7	1,8	1,2	1,2	2,4	1,7	2,2
EU-15	3,7	1,7	1,1	1,1	2,3	1,6	2,1
Eurozone	3,6	1,7	0,9	0,7	2,1	1,5	2,1
Österreich	3,4	0,8	1,0	1,4	2,4	1,9	2,4
USA	3,7	0,8	1,6	2,7	4,2	3,6	3,3

Quelle: Eurostat; WIFO

Gleichzeitig hat sich die Arbeitslosigkeit wieder leicht erhöht bzw. stagniert auf hohem Niveau.

*Tabelle 2: Entwicklung der Arbeitslosenquote*

	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006
EU-25	8,6	8,4	8,7	9,0	9,0	8,7	8,5
EU-15	7,7	7,2	7,6	7,9	8,1	7,9	7,7
Eurozone	8,2	7,9	8,3	8,7	8,9	8,6	8,4
Österreich	3,7	3,6	4,2	4,3	4,8	5,0	5,0
USA	4,0	4,8	5,8	6,0	5,5	5,1	5,0

Quelle: Herbstprognose der Europäischen Kommission, November 2005

Die ausgeprägte Wachstumsschwäche des EU-Raums hängt vor allem auch mit der schlechten wirtschaftlichen Performance der großen Mitgliedstaaten (Deutschland, Frankreich, Italien) zusammen. 12 Mitgliedstaaten liegen über dem Lissabon-Wachstumsziel, davon 9 der 10 neuen Staaten. Angesichts der Größenordnung hängt daher viel davon ab, ob die Großen auf einen Wachstumskurs zurückfinden. Allein Deutschland erwirtschaftet fast 23 % des Gesamt-EU-BIP, mit Frankreich und Italien sind es über 53 % (!). Ein besonderes Sorgenkind ist und bleibt dabei Deutschland. Die Anfangseuphorie nach dem Regierungswechsel ist mittlerweile wieder verfliegen. Die im Koalitionsvertrag vorgesehenen Konsolidierungsmaßnahmen werden sich nach Ansicht von Konjunktur-Experten aus allen politischen Lagern in den Jahren 2006 bis 2008 negativ auf Wachstum und Beschäftigung auswirken.<sup>5</sup>

*v.a. die großen Mitgliedstaaten D, F, I müssen auf Wachstumskurs zurückfinden*

*Tabelle 3: Reale Wachstumsrate des BIP in D, F, I*

	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006
Deutschland	3,2	1,2	0,1	-0,2	1,6	0,9	1,2
Frankreich	4,1	2,1	1,2	0,8	2,3	1,5	1,8
Italien	3,6	1,8	0,4	0,3	1,2	0,2	1,5

Quelle: Eurostat

Über Ursache und Überwindung der Wachstumsschwäche und hohen Arbeitslosigkeit toben seit Jahren unter Ökonomen zermürbende ideologische Auseinandersetzungen. Zum einem geht es dabei um den Zusammenhang zwischen Wirtschaftswachstum und Arbeitslosigkeit, zum anderen um die Frage, wie Wachstum entsteht – durch Ankurbelung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage oder Strukturreformen, insbesondere auch auf dem Arbeitsmarkt.

*ideologischer Streit um Ursache und Überwindung der Wachstumsschwäche*

## 2.1. Wirtschaftswachstum und Arbeitslosigkeit

*WIFO-Studie  
bestätigt nach  
wie vor engen  
Zusammenhang  
zwischen  
Wachstum und  
Arbeitslosigkeit*

Dass zwischen Wirtschaftswachstum und Arbeitslosigkeit ein unmittelbarer Zusammenhang besteht, wird von zahlreichen Ökonomen seit Jahren heruntergespielt. Sie behaupten, der Arbeitsmarkt hätte sich vom Wirtschaftswachstum abgekoppelt, und orten den Anstieg der Arbeitslosigkeit in inflexiblen Arbeitsmärkten (zu hohe Arbeitskosten, zu großzügige Sozialleistungen, zu geringe Lohnspreizung etc.). Demgegenüber kommt eine Studie von WIFO-Experten zum Ergebnis, dass die „enge Beziehung zwischen Wirtschaftswachstum bzw. Nachfrage und Arbeitslosigkeit weiterhin gilt, ja sogar stärker geworden ist“<sup>6</sup>. Aufgrund ihrer Berechnungen kommen sie für eine Reihe ausgewählter Länder zu folgenden Beschäftigungs- und Arbeitslosigkeitsschwellen:<sup>7</sup>

*Tabelle 4: Beschäftigungs- und Arbeitslosigkeitsschwellen 1980/1998*

	Beschäftigungsschwelle	Arbeitslosigkeitsschwelle
	„Erforderliches“ Wirtschaftswachstum in %	
Niederlande	1,4	2,3
Frankreich	1,5	2,5
Großbritannien	1,8	2,3
Dänemark	1,6	2,2
Deutschland	1,7	2,8
Österreich	1,8	2,6
EU-15	1,8	2,4

Quelle: Die Tabelle wurde der Studie entnommen

Tabelle 1 zeigt, dass die Wachstumsrate der EU-15 seit 2001 unter der Arbeitslosigkeitsschwelle liegt. Der Zusammenhang mit der hohen Arbeitslosigkeit ist evident. Eine Entkoppelung des Arbeitsmarktes vom Wirtschaftswachstum ist nicht feststellbar. Umso wichtiger ist die Frage nach den richtigen Maßnahmen zur Förderung von Wachstum und damit Beschäftigung.

## 2.2. Wie entsteht Wachstum?

Diese Frage teilt die Zunft der Ökonomen in zwei ideologische Lager, die verschiedener nicht sein könnten. Ist Wachstum eine Frage der Entwicklung gesamtwirtschaftlicher Nachfrage (öffentlicher und privater Konsum, öffentliche und private Investitionen) oder geht ein Aufschwung von Strukturreformen auf den Arbeits-, Dienstleistungs- und Finanzmärkten aus? Zugespitzt auf den Arbeitsmarkt lautet die Frage: Entstehen neue Jobs durch Wirtschaftswachstum oder durch Arbeitsmarktreformen à la Hartz? Am vehementesten tobt dieser die Politik lähmende oder auf den falschen Pfad lockende Richtungsstreit der Wirtschaftsexperten, die sich dabei gegenseitig ökonomischen Unverstand vorwerfen, in Deutschland. Im so genannten „Hamburger Appell“<sup>8</sup> – mit Blick auf den deutschen Wahlkampf im Juni 2005 geschickt platziert – behaupten über 240 Wirtschaftsprofessoren, dass sich die gesamtwirtschaftliche Nachfrage einer nachhaltigen Steuerung „weitestgehend entzieht“. Eine Verbesserung der Arbeitsmarktlage sei nur „durch niedrigere Entlohnung der ohnehin schon Geringverdienenden, also durch eine verstärkte Lohnspreizung möglich“. Durch verlängerte Arbeitszeiten, verminderten Urlaubsanspruch oder höhere Leistungsbereitschaft könne diese Entwicklung „abgefedert“ werden. Auf den Punkt gebracht lautet das wirtschaftspolitische Credo der Neoliberalen: „Neue Jobs werden nur entstehen, wenn Unternehmenssteuern und Sozialabgaben sinken, das Arbeitsrecht stark vereinfacht wird und die Lohnzuwächse bescheiden ausfallen.“<sup>9</sup>

*Neoliberale  
setzen auf  
„Strukturreformen“*

Demgegenüber kritisieren die in der EuroMemorandum-Gruppe<sup>10</sup> zusammengeschlossenen europäischen WirtschaftswissenschaftlerInnen in ihren jährlichen „EuroMemoranda“ diese angebotstheoretische Konzeption der Wirtschaftspolitik und fordern beharrlich einen makroökonomischen Kurswechsel. Für sie liegt die Hauptursache für das schwache Wirtschaftswachstum seit 2001 – und damit für die hohe Arbeits-

*Euro-  
Memorandum-  
Gruppe setzt auf  
gesamtwirtschaftliche  
Nachfrage*

*Lissabon-Strategie ist in falschen Policy-Mix eingebettet*

losigkeit – gerade eben darin, dass die Wirtschaftspolitik der EU die weiterhin wichtige Rolle der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage zur Belebung der Wirtschaft vernachlässigt. Entscheidend ist also die Förderung der Binnennachfrage. Die Lissabon-Strategie droht zu scheitern, weil sie in einen falschen makroökonomischen Policy-Mix eingebettet ist, der eine keynesianische Wirtschaftspolitik verhindert:

- Aufgrund der strikten Vorgaben zur Budgetkonsolidierung (Maastricht-Kriterien, Stabilitäts- und Wachstumspakt) haben die EU-Mitgliedstaaten kaum Spielraum, durch Ausweitung der öffentlichen Investitionen die Binnennachfrage anzukurbeln. Der Steuerwettbewerb auf EU-Ebene schränkt den Handlungsspielraum zusätzlich ein.
- Die Geldpolitik der EZB dämpft das Wachstum, weil sie dem Preisstabilitätsziel hohe Priorität einräumt und mit dem selbst gewählten Inflationsziel mit 2 % als Obergrenze unnötig restriktiv ist. Die mit einem hohen Grad an Unabhängigkeit ausgestattete EZB weist jede Verantwortung für die Förderung von Wachstum und Beschäftigung zurück.
- Der Anpassungsdruck lastet auf den ArbeitnehmerInnen. Bei dieser wirtschaftspolitischen Konzeption kommt ihnen die Rolle zu, die Anpassungslasten in Form von niedrigeren Löhnen, flexiblen Arbeitsmärkten, Aufbrechen des Kündigungsschutzes etc. zu tragen. Das ist sicherlich kein Programm zur Ankurbelung des privaten Konsums.

Die Wirtschaftsentwicklung im Euro-Raum scheint diese Kritik zu bestätigen. Im Vergleich zu den USA ist die Binnennachfrage<sup>11</sup> schwach ausgeprägt, dementsprechend schwach fällt auch das Wirtschaftswachstum aus.<sup>12</sup>



Tabelle 5: Wirtschaftsentwicklung im Euro-Raum

	2001	2002	2003	2004	2005	2006
BIP real	1,7	0,9	0,7	2,1	1,5	2,1
Privater Konsum	1,8	0,9	1,1	1,6	1,4	1,4
Binnennachfrage	1,2	0,4	1,4	2,1	1,5	1,9

Quelle: Eurostat, Europäische Kommission (Herbstprognose 2005)

Tabelle 6: Wirtschaftsentwicklung in den USA

	2001	2002	2003	2004	2005	2006
BIP real	0,8	1,6	2,7	4,2	3,6	3,3
Privater Konsum	2,5	2,7	2,9	3,9	3,5	2,0
Binnennachfrage	0,9	2,2	3,0	4,7	3,6	3,0

Quelle: Eurostat, Europäische Kommission (Herbstprognose 2005)

Neben der Binnennachfrage (Konsum, Investitionen) ist natürlich auch die Exportentwicklung ein wichtiger Ansatzpunkt für mehr Wachstum. In der Tat profitiert der europäische Wirtschaftsraum von einem dynamischen Außenhandel. Aber er kann das nicht ersetzen, was mittlerweile auch die OECD von Europa verlangt: für eine nachhaltige Dynamik der Binnennachfrage zu sorgen.<sup>13</sup> Dazu kommt, dass sich laut den Ökonomen der Forschungsabteilung ([www.eiu.com](http://www.eiu.com)) des britischen „Economist“ (wahrlich kein linkes Medium) die Struktur des wirtschaftlichen Wachstums in den letzten Jahren verändert hat. Der Inlandsnachfrage kommt in Relation zum Außenhandel immer mehr Bedeutung zu.<sup>14</sup>

*Inlandsnachfrage  
wichtiger als  
Außenhandel für  
Wachstum*

Ich denke, das grundlegende Dilemma der politischen Elite in der EU ist, dass sie den Zusammenhang zwischen Wachstum und Beschäftigung richtig erkennt, aber bei den Rezepten zur Überwindung der Wachstumsschwäche (und damit zur Schaffung von Arbeitsplätzen) großteils neoliberalen Gedankengut folgt. Daher wird die Erhöhung von Wachstum und Beschäf-

*EU blendet  
makro-  
ökonomische  
Defizite aus*

tigung primär als strukturpolitische Aufgabe<sup>15</sup> gesehen und die Frage, inwieweit die enttäuschende Halbzeitbilanz der Lissabon-Strategie nicht makroökonomischen Defiziten geschuldet ist, weitgehend ausgeblendet. Die Senkung der Arbeitslosigkeit setzt aber primär voraus, dass Erwerbsarbeit nachgefragt wird. Gleichzeitiges Sparen der öffentlichen Haushalte (restriktive Budgetpolitik) und der privaten Haushalte (Angstsparen wegen der angespannten Lage auf dem Arbeitsmarkt und ungewisser Zukunftsaussichten) sowie eine zurückhaltende Lohnpolitik über Jahre haben Auswirkungen auf die Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen und damit Arbeitskräften. Die Folgen sehen wir jeden Tag. Es erstaunt daher nicht, dass Umfragen eine wachsende EU-Skepsis in zahlreichen EU-Staaten konstatieren. Angesichts der Kluft zwischen hehren Zielen (Vollbeschäftigung bis 2010) und Realität (steigende Arbeitslosigkeit seit 2001) verlieren die BürgerInnen ihr Vertrauen in die Lösungskompetenz europäischer Politik und wenden sich frustriert vom europäischen Gedankengut ab. Ich halte diese Entwicklung für gefährlich.

### **3. Das Programm der Bundesregierung**

Das „Österreichische Reformprogramm für Wachstum und Beschäftigung“ wurde am 18. Oktober 2005 vom Ministerrat beschlossen und der Europäischen Kommission übermittelt. Die Bundesregierung definiert in ihrem Programm sieben Kernbereiche mit über 100 Maßnahmen, deren Relevanz für Wachstum und Beschäftigung in etlichen Fällen allerdings schwer nachvollziehbar ist. Zum überwiegenden Teil werden Maßnahmen erwähnt, die vor kurzem beschlossen oder bereits seit Jahren in Kraft sind (z.B. „Abfertigung neu“). Die Darstellung der Arbeitsmarktpolitik ist angesichts der Entwicklungen der letzten Monate reine Schönfärberei. Die anhaltende Steigerung der Arbeitslosigkeit wird nicht erörtert (im Jänner 2006 hat die Arbeitslosigkeit mit über 380.000 Arbeitssuchenden einen neuen Nachkriegsrekord erreicht), ebenso wenig die zunehmende Prekarisierung der Arbeitsverhältnis-

se. Die für 2006 vorgesehene Erhöhung der Mittel für aktive Arbeitsmarktpolitik ist sicherlich begrüßenswert, offen ist jedoch ihre Fortführung ab 2007. Die zusätzlich für den Bereich Infrastruktur zur Verfügung gestellten 300 Mio. • verdienen sicherlich nicht das Prädikat „Infrastruktur-Offensive“.

Ein grundsätzlicher Schwachpunkt im Programm der Bundesregierung ist die fehlende Auseinandersetzung mit den makroökonomischen Defiziten der Lissabon-Strategie. Dies ist aus unserer Sicht unumgänglich, da die Programme auf europäischen Vorgaben aufbauen und damit von den Widersprüchen in der europäischen Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik geprägt sind. Die Schaffung von mehr und besseren Arbeitsplätzen erfordert die Aufhebung der Wachstumsblockaden auf europäischer und nationaler Ebene. Konkret brauchen wir

- eine europäische Geldpolitik, die auch für Wachstum und Beschäftigung Verantwortung übernimmt;
- eine weiter gehende Reform des Stabilitäts- und Wachstumspakts, die den Mitgliedstaaten klar festgelegte Möglichkeiten zu konjunkturellem Gegensteuern und den notwendigen budgetären Freiraum für sozialverträglich gestaltete Strukturreformen gibt;
- die Realisierung massiver gesamteuropäischer Investitionen in den Ausbau der Verkehrs- und Telekommunikationsinfrastruktur in der EU;
- wirksame Maßnahmen gegen das Steuerdumping auf EU-Ebene.

*mehr und  
bessere  
Arbeitsplätze  
erfordern die  
Aufhebung der  
Wachstums-  
blockaden*

#### **4. Die Alternative: AK-Reformprogramm für Wachstum und Beschäftigung: Österreichs Zukunft sichern – Investitionen in Wachstum, Bildung und Qualität<sup>16</sup>**

Bei der Verabschiedung der Lissabon-Strategie im März 2000 war die Ausgangslage Österreichs im europäischen Vergleich in vielen Bereichen positiv. Fünf Jahre später gehört es zu jenen EU-Staaten, die seit 1999, dem Bezugsjahr der Lissabon-Strategie, die geringsten Fortschritte gemacht haben. Es

*Österreich hat  
nur geringe  
Fortschritte  
gemacht*

*Kritik der EU-Kommission am österr. Programm*

gibt enormen Handlungsbedarf, um das von der Bundesregierung gesetzte Ziel, bis 2010 zu den drei besten Ländern der EU zu gehören, zu erreichen. Selbst die Europäische Kommission<sup>17</sup> listet in ihrer Bewertung des österreichischen Programms kritisch auf, dass

- die Arbeitslosigkeit mittlerweile schon das dritte Jahr hintereinander steigt,
- die Beschäftigungsquote älterer ArbeitnehmerInnen mit 29 % weiterhin eine der niedrigsten in der EU ist,
- eine nationale Zielvorgabe für die Gesamtbeschäftigungsquote fehlt,
- der Bereitstellung zusätzlicher Kinderbetreuungseinrichtungen begrenzte Aufmerksamkeit geschenkt wird,
- es keine Strategie für lebenslanges Lernen gibt,
- zu wenig auf die Einkommensunterschiede zwischen Männern und Frauen eingegangen wird.

*gesamteurop. nachhaltiger Konjunkturaufschwung erforderlich*

In der sich als richtig erweisenden Einschätzung, dass die Bundesregierung kein ambitioniertes Reformprogramm vorlegen werde, haben AK-Experten ein alternatives Programm erarbeitet, das auch Anforderungen an die Europa-Politik der Bundesregierung enthält und auf drei Jahre ausgerichtet ist. Eine durchgreifende Verbesserung der Wirtschaftslage in Österreich setzt einen nachhaltigen Konjunkturaufschwung der gesamten europäischen Wirtschaft voraus, auf den wir seit Jahren vergeblich hoffen. Die Bundesregierung muss sich daher auf EU-Ebene für einen wirtschaftspolitischen Kurswechsel einsetzen.

*nationale Spielräume*

Die Tatsache, dass bei der wechselseitigen Abhängigkeit im europäischen Binnenmarkt gemeinsame Anstrengungen den entscheidenden Mehrwert bringen bzw. – negativ formuliert – selbst die leistungsfähigsten Wirtschaften unter den Schwächen der anderen leiden, heißt nicht, dass nationale Spielräume für eine beschäftigungs- und wachstumsorientierte Politik nicht mehr existieren würden. Im Gegenteil: WIFO-Berechnungen für Österreich zeigen, dass eine Ausweitung der öffentlichen Infrastrukturinvestitionen um etwa 1 % des BIP

kurzfristig zu einem zusätzlichen Wachstum zwischen 1,2 % und 1,8 % und zu ca. 30.000 neuen Arbeitsplätzen führen.<sup>18</sup> Ebenso würde eine Steuersenkung bei den unteren und mittleren Einkommensschichten Wachstums- und Beschäftigungsimpulse auslösen. Auf diese Berechnungen stützt sich auch das AK-Programm, das auf eine Überwindung der aktuellen Wachstumsschwäche der österreichischen Wirtschaft und eine Erhöhung der Verteilungsgerechtigkeit zielt. Weiters geht es um die Überwindung wichtiger struktureller Probleme auf dem Arbeitsmarkt, eine Reduktion der Armutsgefährdung in Österreich und eine Erhöhung der Qualität der öffentlichen Arbeitsmarktdienstleistungen.

*Beschäftigungs-  
impulse durch  
Steuersenkung*

Das AK-Programm enthält folgende Schwerpunkte:

- **Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur und den Klimaschutz** im Ausmaß von 1 Milliarde • jährlich.
- Eine **Steuerreform** für Wachstum und Beschäftigung, die die ArbeitnehmerInnen um 1 Mrd. • entlastet und damit die Binnennachfrage stärkt.
- Erhöhung der Investitionen in **Forschung und Entwicklung**.
- Qualitätsoffensive in der **aktiven Arbeitsmarktpolitik**, u. a. durch eine nachhaltige Erhöhung des Budgets des Arbeitsmarktservice.
- Sicherung des **sozialen Zusammenhalts** und bessere Existenzsicherung für Arbeitsuchende. Insgesamt sind in diesem Bereich 300 Mio. • jährlich zur Verfügung zu stellen.
- Ausbau der Möglichkeiten zur **Vereinbarkeit von Beruf und Familie**. Mit einem Investitionsvolumen von 288 Mio. • im ersten Jahr und 240 Mio. • in den beiden Folgejahren könnten die Lücken bei der Kinderbetreuung geschlossen werden.
- Verbesserung der **Ausbildungsmöglichkeiten** im Beruf durch Reform der Bildungskarenz, Anspruch auf insgesamt 1 Woche Weiterbildung pro Jahr in der bezahlten Arbeitszeit, zusätzlich 100 Mio. • pro Jahr für Erwachsenenbil-

- derung, gebührenfreies Nachholen von Bildungsabschlüssen und eine staatliche Bildungsprämie von bis zu 750 • pro Jahr.
- Schaffung einer **altersgerechten Arbeitswelt**. Gefordert sind u.a. ein Ausbau des Gesundheitsschutzes am Arbeitsplatz für ArbeitnehmerInnen ab dem 40. Lebensjahr und bewusstseinsbildende Maßnahmen zugunsten älterer ArbeitnehmerInnen.
  - Steigerung der Qualität der Arbeitsplätze.

*einnahmenseitige  
Maßnahmen  
notwendig*

Zur **Finanzierung dieser Vorschläge** sind aus AK-Sicht einnahmenseitige Maßnahmen notwendig. So sollten die beschäftigungspolitisch praktisch wirkungslose Senkung der Körperschaftssteuer und die Begünstigung durch die Gruppenbesteuerung teilweise zurückgenommen werden, die begünstigte Besteuerung für nicht entnommene Gewinne, die Erhöhung der Zuverdienstgrenze beim Alleinverdienerabsetzbetrag und die Kinderzuschläge wieder beseitigt werden. Außerdem spricht sich die AK für die Wiedereinführung der Börsenumsatzsteuer aus. Auch in Anbetracht dieser Gegenfinanzierungsmöglichkeiten bedeuten die Vorschläge u.U. eine Erhöhung des Budgetdefizits – allerdings bliebe das Defizit weiterhin unterhalb der „Maastricht-Grenze“. Angesichts der schwierigen Konjunktur- und Beschäftigungsentwicklung in Österreich halten wir das für vertretbar.

#### **5. Epilog: Auf dem Weg zum energie- und ressourceneffizientesten Wirtschaftsraum der Welt?**

Die Wachstumsfixierung im Kontext der Lissabon-Strategie (und auch in diesem Artikel) ist eklatant. Alle Wirtschaftsräume sind auf Wachstum fixiert. 30 Jahre nach dem spektakulären Bericht an den Club of Rome über die Grenzen des Wachstums – dessen Grundannahmen im 30-Jahre-Update erneut bestätigt wurden – wird wirtschaftliches Wachstum weiterhin unbeirrt als Lösung aller Weltprobleme angesehen. Stimmt die Metapher vom „Raumschiff Erde“ doch nicht? Täuschen wir uns über die Endlichkeit der mineralischen und fossilen Rohstoffe? Sind die Folgen der Klimaerwärmung beherrschbar? Kann die noch in

meiner Lebensspanne auf wahrscheinlich 9 Mrd. anwachsende Weltbevölkerung zum westlichen Energie- und Ressourcenverbrauch aufschließen? Derzeit ist in interessierten Kreisen viel die Rede vom „Oil Peak“. Wir nähern uns angeblich dem Höhepunkt der weltweiten Erdölförderung. Wer Zeit und Interesse hat, kann im Internet stundenlang surfen und wird dennoch nicht die Fülle an Informationen zu diesem welthistorischen Ereignis verarbeiten können. Damit bricht eine fundamentale Grundlage des westlichen Gesellschafts- und Wirtschaftsmodells zusammen, wenn wir nicht rechtzeitig auf Alternativen umsteigen. Im Grunde lautet die Herausforderung, vor der wir heute stehen: Organisiere Gesellschaft und Wirtschaft unter Aufrechterhaltung demokratischer und marktwirtschaftlicher Grundwerte in der Art, dass eine dauerhafte Entwicklung national und global möglich ist.

„Oil Peak“

Denn: Mit Oil Peak und dem Aufstieg Chinas und Indiens zu führenden Wirtschaftsnationen mit über 2,5 Mrd. KonsumentInnen steht der Westen erst vor der wirklich ernsthaften Offenbarung der Zukunftsfähigkeit seines Modells. 2005 entfielen allein auf China 26 % des weltweit produzierten Stahls, 32 % des Reises und 47 % der Zementproduktion, gleichzeitig ist der asiatische Riese zum zweitgrößten Ölimporteur und zweitgrößten CO<sub>2</sub>-Emittenten aufgestiegen. Die Dimension dieser Entwicklung wird im jüngsten Bericht des Worldwatch-Instituts zur Lage der Welt (2006) prägnant auf den Punkt gebracht: „The rise of China and India is the wake-up call that should prompt people in the United States and around the world to take seriously the need for strong commitments to build sustainable economies.“

Die Europäische Union scheint diesen Weckruf nicht zu überhören (siehe das Engagement Europas in der Klimapolitik). Und damit schließt sich der Kreis zur Lissabon-Strategie. Ein Grundpfeiler dieser Strategie ist auch die europäische Nachhaltigkeitsstrategie, die u.a. darauf abzielt, den Energie- und Ressourcenverbrauch vom Wirtschaftswachstum abzu-

*europäische  
Nachhaltig-  
keitsstrategie*

koppeln. Ende 2005 hat die Kommission ein neues Konzept für eine nachhaltigere Nutzung natürlicher Ressourcen vorgeschlagen,<sup>19</sup> mit dem die negativen Auswirkungen der Ressourcennutzung in einer wachsenden Wirtschaft in Europa und weltweit reduziert werden sollen. Uns bleibt die Hoffnung, dass dies gelingt und sich dadurch neue Wachstumsspielräume ergeben. Die EU sollte den Ehrgeiz aufbringen, zum energie- und ressourceneffizientesten Wirtschaftsraum der Welt zu werden.

Wahrscheinlich werden wir vor diesem Hintergrund aber nicht umhin kommen, unseren eigenen Lebensstil kritisch zu analysieren. Wir müssen und sollen konsumieren, um Arbeitsplätze zu schaffen und Wohlstand abzusichern. Aber wir haben dabei in vielen Fällen jeden Tag die Möglichkeit der Wahl.



**Anmerkungen:**

- 1 Europäischer Rat, Schlussfolgerungen von Lissabon, März 2000
- 2 Bericht der Hochrangigen Sachverständigengruppe unter Vorsitz von Wim Kok, November 2004 (Halbzeitbewertung der Lissabon-Strategie)
- 3 Bereits 2001 haben AK-Experten in einer umfassenden Studie die Lissabon-Strategie kritisch analysiert und ihre Schwächen offengelegt. Diese Studie ist im Grunde noch heute aktuell und auf der AK-Homepage abrufbar (<http://wien.arbeiterkammer.at/www-397-IP-11315.html>)
- 4 Antrittsrede Schüssels im Europäischen Parlament, 18. Jänner 2006
- 5 Die Tageszeitung, 30.01.2006
- 6 Marterbauer, M.; Walterskirchen, E., Einfluss des Wirtschaftswachstums auf die Arbeitslosigkeit, in: Materialien zu Wirtschaft und Gesellschaft, Nr. 75/2000, S. 1
- 7 Während die Beschäftigungsschwelle jene Rate des Wirtschaftswachstums angibt, die erforderlich ist, um die Zahl der Arbeitsplätze konstant zu halten, bezeichnet die Arbeitslosigkeitsschwelle jene Rate, bei der die Arbeitslosenquote unverändert bleibt. Der Unterschied ergibt sich durch Berücksichtigung des Arbeitskräfteangebots. Bei steigendem Arbeitskräfteangebot (stille Reserve, Frauen, Migration) liegt die Schwelle der Arbeitslosigkeit über jener der Beschäftigung.
- 8 <http://www1.uni-hamburg.de/IWK/appell.pdf>
- 9 So Wolfgang Franz, Mitglied des Sachverständigenrates der deutschen Bundesregierung zur Begutachtung der wirtschaftlichen Lage, im Jänner 2005
- 10 <http://www.memo-europe.uni-bremen.de/euomemo/indexmem.htm>
- 11 Binnennachfrage = Summe aus privatem + öffentlichem Konsum + privaten + öffentlichen Investitionen
- 12 Hier soll nicht der Eindruck erweckt werden, dass die EU dem „amerikanischen Modell“ folgen soll. Der amerikanische Weg heißt: Rücknahme sozialstaatlicher Errungenschaften, stärkere Lohnspreizung, Rückführung der Staatsquote, schrankenlose Liberalisierung usw. Die höhere Wachstumsrate und niedrigere Arbeitslosenquote im amerikanischen Modell sind teuer erkaufte. Es gibt in den USA keine universelle Familienpolitik und keine allgemeine Arbeitslosenversicherung. Trotz des beeindruckenden Wirtschaftswachstums ist die Kluft zwischen Arm und Reich noch größer geworden. Die Verschuldung der amerikanischen Haushalte und das US-Leistungsbilanzdefizit haben historische Ausmaße erreicht.
- 13 OECD Economic Outlook Nr. 77/2005
- 14 [www.eiu.com](http://www.eiu.com), press release, 02.06.2005
- 15 Hier soll nicht der Eindruck erweckt werden, dass Strukturreformen per se schlecht sind. Auch das AK-Programm für Wachstum und Beschäftigung enthält Strukturreformen, allerdings eingebettet in ein Konjunkturbelebungsprogramm und nicht von neoliberalen Gedanken infiziert.
- 16 <http://wien.arbeiterkammer.at/www-397-IP-25549.html>
- 17 KOM(2006) 30, Teil 2, S. 11ff
- 18 WIFO-Studie „Auswirkungen öffentlicher Konjunkturimpulse auf Wachstum und Beschäftigung“, Oktober 2003
- 19 KOM(2005) 670, 21.12.2005

INSTITUT FÜR SOZIAL- UND WIRTSCHAFTSWISSENSCHAFTEN

# WISO

WIRTSCHAFTS-UND SOZIALPOLITISCHE ZEITSCHRIFT

Die Zeitschrift WISO wird vom Institut für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften (ISW) herausgegeben. Sie dient der Veröffentlichung neuer sozial- und wirtschaftswissenschaftlicher Erkenntnisse sowie der Behandlung wichtiger gesellschaftspolitischer Fragen aus Arbeitnehmersicht.

Lohnpolitik, soziale Sicherheit, Arbeitsmarkt und Arbeitslosigkeit, Arbeit und Bildung, Frauenpolitik, Mitbestimmung, EU-Integration - das sind einige der Themen, mit denen sich WISO bereits intensiv auseinander gesetzt hat.

WISO richtet sich an BetriebsrätInnen, GewerkschafterInnen, WissenschaftlerInnen, StudentInnen, Aktive in Verbänden, Kammern, Parteien und Institutionen sowie an alle, die Interesse an Arbeitnehmerfragen haben.

Erscheinungsweise: vierteljährlich

Preise:\* Jahresabonnement EUR 22,00 (Ausland EUR 28,00)  
Studenten mit Inskriptionsnachweis EUR 13,00  
Einzelausgabe EUR 7,00 (Ausland EUR 12,00)

(\* Stand 2005 - Die aktuellen Preise finden Sie auf unserer Homepage unter [www.isw-linz.at](http://www.isw-linz.at))

Wir laden Sie ein, kostenlos und ohne weitere Verpflichtungen ein WISO-Probeexemplar zu bestellen. Natürlich können Sie auch gerne das WISO-Jahresabonnement anfordern.

Informationen zum ISW und zu unseren Publikationen - inklusive Bestellmöglichkeit - finden Sie unter [www.isw-linz.at](http://www.isw-linz.at).



Oberösterreich

## BESTELLSCHEIN\*

Bitte senden Sie mir kostenlos und ohne weitere Verpflichtungen

- 1 Probeexemplar der Zeitschrift WISO
- 1 ISW Publikationsverzeichnis

Ich bestelle \_\_\_\_\_ Exemplare des WISO-Jahresabonnements (Normalpreis)

Ich bestelle \_\_\_\_\_ Exemplare des WISO-Jahresabonnements für StudentInnen mit Inskriptionsnachweis

\* Schneller und einfacher bestellen Sie über das Internet: [www.isw-linz.at](http://www.isw-linz.at)

Name \_\_\_\_\_

Institution/Firma \_\_\_\_\_

Straße \_\_\_\_\_

Plz/Ort \_\_\_\_\_

E-Mail \_\_\_\_\_

### BESTELLADRESSE:

ISW  
Gruberstraße 40-42, A-4020 Linz  
Tel. ++43/732/66 92 73-33 21  
Fax ++43/732/66 92 73-28 89  
E-Mail: [wiso@akooe.at](mailto:wiso@akooe.at)  
Internet: [www.isw-linz.at](http://www.isw-linz.at)